



# HESSISCHER LANDTAG

09. 03. 2021

Plenum

## Antrag

**Christoph Degen (SPD), Kerstin Geis (SPD), Karin Hartmann (SPD),  
Manuela Strube (SPD), Turgut Yüksel (SPD) und Fraktion  
Jetzt Wechselmodell für alle Schulen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Rückkehr zum Präsenzunterricht im Wechselmodell in den Grundschulen und den Unterstufen der weiterführenden Schulen sowie die Grundstufen der Förderschulen seit dem 22. Februar 2021 ein seit Langem überfälliger und richtiger Schritt für die Chancengleichheit und Entwicklung der Schülerinnen und Schüler ist.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, das Wechselmodell für alle Schulen zu ermöglichen und umgehend ausnahmslos alle Jahrgangsstufen mindestens tageweise und gegebenenfalls in geteilten Gruppen in den Präsenzunterricht zu holen. Ein Mindestumfang an Präsenzunterricht ist besser als keiner.
3. Der Landtag spricht sich dafür aus, dass die Schülerinnen und Schüler der Abschlussklassen sowie der Berufsschulklassen in der Regel weiter voll in Präsenzform unterrichtet werden, wenn die örtlichen Bedingungen und der gebotene Mindestabstand es zulassen.
4. Der Landtag bekräftigt die Notwendigkeit einer Betreuungsgarantie für die Jahrgangsstufen 1 bis 6, fordert aber darüber hinaus für besondere Härten für Schülerinnen und Schüler aller Jahrgangsstufen betreutes Lernen zu gewährleisten, sofern die häuslichen Bedingungen das Lernen zuhause behindern.
5. Der Landtag hält es für richtig, dass auf Antrag der Eltern Schülerinnen und Schüler von den Präsenztagen befreit werden können, sofern dies medizinisch geboten ist oder von selbstständigem Lernen ausgegangen werden kann und die technischen Rahmenbedingungen zuhause für gelingenden Distanzunterricht vorhanden sind.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, dass freiwillige Schnelltests mindestens zweimal wöchentlich für Beschäftigte und Schülerinnen und Schüler kostenlos angeboten werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, eine Impf-Priorisierung für alle Beschäftigten an allen Schulen vorzunehmen.
8. Der Landtag ist überzeugt, dass Schulen, Eltern und Schülerinnen und Schüler Planungssicherheit durch einheitliche und transparente Corona-Regelungen und Regeln brauchen, auch um die nächsten Schritte sorgfältig vorbereiten und sich darauf einstellen zu können.
9. Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf, das weitere Vorgehen zur Wiederaufnahme des vollen Präsenzunterrichts mit den Vorsitzenden der Personalräte, mit Schulleitungen, mit dem Landeselternbeirat und der Landesschülervertretung frühzeitig zu besprechen und gemeinsam ein langfristiges Gesamtkonzept zu erarbeiten.
10. Der Hessische Landtag ist sich bewusst, dass die Umstellung auf das Wechselmodell und der Wechselunterricht eine enorme Herausforderung für alle Beteiligten sind, und dankt allen für ihren Einsatz und die Bereitschaft, die Maßnahmen zu unterstützen, um das Infektionsrisiko weiterhin möglichst gering zu halten.

11. Viele Kinder und Jugendliche haben pandemiebedingte Lernrückstände. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, ein Förderprogramm aufzulegen, um im laufenden und im nächsten Schuljahr, angebunden an den Regelunterricht, zusätzliche Unterstützungsangebote und Fördermaßnahmen für Schülerinnen und Schüler anzubieten. Diese Angebote und Maßnahmen müssen an zusätzliche Ressourcen geknüpft sein.

**Begründung:**

243.000 Schülerinnen und Schüler sind in Hessen bis auf Weiteres und damit ohne Perspektive im Distanzunterricht. Bildung ist ein Grundrecht und gehört zur Grundversorgung ebenso wie die Versorgung mit Lebensmitteln. Den Schulalltag in der Corona-Pandemie begleiten Ängste, Sorgen und psychische Belastungen. Vielen Kindern und Jugendlichen fehlen soziale Kontakte und der Austausch mit Freunden, den sie in der Schule haben. Lernen funktioniert über Beziehung und Bindung. Deshalb ist, solange eine Rückkehr zum Regelbetrieb nicht möglich ist, ein strukturierter Wechsel von Präsenz- und Distanzunterricht notwendig, um die Schülerinnen und Schüler mit Aufgaben zu versorgen, aber auch um die alltägliche Lern- und Beziehungsarbeit konsequent fort- und umzusetzen. Mit dem Fernunterricht steigt das Risiko, Schülerinnen und Schüler langfristig zu verlieren und Lernrückstände so zu vergrößern, dass sie nicht oder nur schwer wieder aufzuholen sind. Unterstützungsangebote in den Ferien, wie Akademien oder Camps, können höchstens nachrangige Maßnahmen sein, und reichen bei Weitem nicht aus, um die entstandenen Lücken schließen zu können.

Wiesbaden, 9. März 2021

**Christoph Degen**  
**Kerstin Geis**  
**Karin Hartmann**  
**Manuela Strube**  
**Turgut Yüksel**

Die Fraktionsvorsitzende:  
**Nancy Faeser**